

Änderung der Anlagebedingungen zum 1. Oktober 2018

Mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ändern sich mit Wirkung zum 1. Oktober 2018 die Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen des OGAW-Sondervermögens **Deka-BasisAnlage A100** (ISIN: DE000DK2CFT3).

Die Anpassung der Anlagebedingungen erfolgt aufgrund der Übertragung des vorgenannten Sondervermögens von der Deka Investment GmbH auf die Deka Vermögensmanagement GmbH zum 1. Oktober 2018.

Die Allgemeinen Anlagebedingungen („AAB“) werden dahingehend geändert, dass die AAB, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 24. Juli 2018 unter dem Aktenzeichen WA 45-Wp 6100-dEU-70148164-2018/003 für die OGAW-Sondervermögen der Deka Vermögensmanagement GmbH genehmigt worden sind, mit Wirkung zum 1. Oktober 2018 für den Deka-BasisAnlage A100 gelten sollen. Die AAB der Deka Investment GmbH und der übernehmenden Kapitalverwaltungsgesellschaft Deka Vermögensmanagement GmbH unterscheiden sich nur hinsichtlich der Präambel.

Folgende Änderungen der Besonderen Anlagebedingungen („BAB“) werden vorgenommen:

- In der Präambel der BAB wird der Gesellschaftsname „Deka Investment GmbH“ durch „Deka Vermögensmanagement GmbH“ ersetzt.
- Ferner wird die Kostenklausel in § 6 BAB in Teilen an die mit Datum vom 20. Juni 2018 veröffentlichten „BaFin-Musterbausteine für Kostenklauseln offener Publikumsinvestmentvermögen (ohne Immobilien-Sondervermögen)“ angepasst.
- Daneben werden redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

In der Präambel der BAB wird der Gesellschaftsname „Deka Investment GmbH“ durch „Deka Vermögensmanagement GmbH“ ersetzt.

Der Wortlaut der Präambel der BAB lautet deshalb wie folgt:

Besondere Anlagebedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der
Deka Vermögensmanagement GmbH,
Frankfurt am Main,
(„Gesellschaft“)

für das von der Gesellschaft verwaltete

Sondervermögen gemäß der OGAW-Richtlinie

Deka-BasisAnlage A100,

die nur in Verbindung mit den für dieses Sondervermögen von
der Gesellschaft aufgestellten
„Allgemeinen Anlagebedingungen“ (AAB) gelten.

§ 6 der BAB wird geändert und erhält folgenden Wortlaut:

§ 6 Kosten

1. Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sondervermögens eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 1,20 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den Werten am Ende eines jeden Tages wird. Die Vergütung wird monatlich anteilig erhoben.

2. Die Gesellschaft zahlt den Vertriebsstellen eine jährliche Vertriebsprovision in Höhe von bis zu 1,20 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den Werten am Ende eines jeden Monats errechnet wird. Die Vertriebsvergütung wird durch die Verwaltungsvergütung nach Absatz 1 abgedeckt und wird dem Sondervermögen nicht gesondert belastet.
3. Die Gesellschaft kann sich für die Verwaltung von Derivate-Geschäften und bei der Verwaltung von Sicherheiten für diese Geschäfte (sog. Collateral-Management) der Dienste Dritter bedienen. Außerdem können weitere Leistungen Dritter im Rahmen der Erfüllung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (European Market Infrastructure Regulation – sog. EMIR), unter anderem für das zentrale Clearing von OTC-Derivaten und Meldungen an Transaktionsregister einschließlich Kosten für Rechtsträger-Kennungen, in Anspruch genommen werden. Die Gesellschaft kann dem Sondervermögen die von den Dritten für ihre Leistungen in Rechnung gestellten Vergütungen und Entgelte bis zur Höhe von jährlich insgesamt 0,10 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, berechnet aus den Werten am Ende eines jeden Tages, belasten. Es steht der Gesellschaft frei, nur Teilbeträge zu belasten oder von einer Belastung abzusehen. Die Vergütung wird durch die Verwaltungsvergütung gemäß Absatz 1 nicht abgedeckt und kann somit dem Sondervermögen zusätzlich belastet werden.
4. Die Gesellschaft erhält aus dem Sondervermögen eine Kostenpauschale in Höhe von bis zu 0,14 % p.a. des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, die aus den Werten am Ende eines jeden Tages errechnet wird. Die Kostenpauschale deckt folgende Vergütungen und Kosten ab, die dem Sondervermögen nicht separat belastet werden:
 - Vergütung der Verwahrstelle;
 - bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;
 - Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten Jahres- und Halbjahresberichte;
 - Kosten für die Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;
 - Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sondervermögens;
 - Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
 - Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können.

Die Kostenpauschale wird monatlich anteilig erhoben.

5. Der Betrag, der jährlich aus dem Sondervermögen nach den vorstehenden Absätzen 1, 3 und 4 als Vergütungen bzw. Kostenpauschale entnommen wird, kann insgesamt bis zu 1,44 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den Werten am Ende eines jeden Tages errechnet wird, betragen.
6. Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:
 - a) Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehen;
 - b) im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
 - c) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens.
7. Die Gesellschaft kann für die Verwaltung des Sondervermögens je ausgegebenen Anteil zusätzlich eine erfolgsabhängige Vergütung in Höhe von bis zu 20 % des Betrages erhalten, um den die Anteilwertentwicklung am Ende einer Abrechnungsperiode den EZB-Leitzins um 5 % übersteigt (Hurdle Rate), jedoch insgesamt höchstens 2 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den täglichen Werten errechnet wird.

Ist der Anteilwert zu Beginn der Abrechnungsperiode niedriger als der Höchststand des Anteilwertes des Sondervermögens, der am Ende

der fünf vorangegangenen Abrechnungsperioden erzielt wurde (nachfolgend „High Water Mark“), so tritt zwecks Berechnung der Anteilwertentwicklung nach Satz 1 die High Water Mark an die Stelle des Anteilwerts zu Beginn der Abrechnungsperiode.

Die erste Abrechnungsperiode beginnt mit dem Monatsersten nach Fondsauflegung, an dem das Sondervermögen erstmals 15 Millionen Euro überschreitet, und endet am zweiten 30. September, der diesem Beginn der Abrechnungsperiode folgt. Die erste Abrechnungsperiode nach dieser Regelung war vom 3. Februar 2014 bis zum 30. September 2015.

Die dem Sondervermögen belasteten Kosten dürfen vor dem Vergleich nicht von der Entwicklung des Vergleichsmaßstabs abgezogen werden.

Die erfolgsabhängige Vergütung wird durch den Vergleich des Ertrages des EZB-Leitzinses mit der Anteilwertentwicklung, die nach der BVI-Methode¹ berechnet wird, in der Abrechnungsperiode (unter Berücksichtigung der Hurdle Rate) ermittelt.

Die erfolgsabhängige Vergütung kann nur entnommen werden, wenn der Anteilwert am Ende der Abrechnungsperiode den Höchststand des Anteilwertes des Sondervermögens, der am Ende der fünf vorhergehenden Abrechnungsperioden erzielt wurde, übersteigt.

Entsprechend dem Ergebnis einer täglichen Berechnung wird eine rechnerisch angefallene erfolgsabhängige Vergütung im Sondervermögen je ausgegebenen Anteil zurückgestellt oder eine bereits gebuchte Rückstellung entsprechend aufgelöst. Aufgelöste Rückstellungen fallen dem Sondervermögen zu. Eine erfolgsabhängige Vergütung kann nur entnommen werden, soweit entsprechende Rückstellungen gebildet wurden.

8. Die Gesellschaft erhält für die Anbahnung, Vorbereitung und Durchführung von Wertpapierdarlehensgeschäften und Wertpapierpensionsgeschäften für Rechnung des Sondervermögens eine marktübliche Vergütung in Höhe von maximal einem Drittel der Bruttoerträge aus diesen Geschäften. Die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von solchen Geschäften entstandenen Kosten einschließlich der an Dritte zu zahlenden Vergütungen trägt die Gesellschaft.
9. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 1 Absatz 1 Nr. 4 berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen (Kapital-)Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

Zum 1. Oktober 2018 erscheint eine aktualisierte Ausgabe des Verkaufsprospektes des OGAW-Sondervermögens, der kostenfrei auf Anforderung bei der Deka Vermögensmanagement GmbH, Mainzer Landstraße 16, 60325 Frankfurt am Main, erhältlich oder unter www.deka.de abrufbar sind.

Frankfurt, im September 2018

**Deka Investment GmbH
Die Geschäftsführung**

¹ <http://www.bvi.de/statistik/wertentwicklung/>